

Gemeinsame Medienmitteilung der Gewerkschaft VPOD, des Personalverbandes Stadt Winterthur und des Polizeibeamtenverbandes der Stadt Winterthur

Die Vorstände der drei Verbände haben sich mit der Arbeitnehmervertretung der PKSW getroffen. Dabei wurde die Situation der PKSW und die im Gemeinderat anstehende Beratung der Weisung 2017.164 für eine Einmaleinlage von CHF 144 Mio. diskutiert. Die Personalverbände sind von der bisherigen unlauteren Berichterstattung im Landbote und der teilweise unsachlichen Kritik auch von Seiten politischer Exponenten schwer enttäuscht.

Die aktiv Versicherten städtischen Angestellten stehen vor massiven Verlusten

Das vom Stiftungsrat beschlossene neue Vorsorgemodell 2020 sieht einen massiven Leistungsabbau für die künftigen städtischen Rentner*innen vor: Leistungseinbussen bis 13%, steigende Sparbeiträge und eine anhaltende Sanierung (Sanierungsbeiträge). Kurz, auch mit der Übernahme von CHF 144 Mio. müssen sich die städtischen Angestellten auf deutlich tiefere Renten einstellen und das obwohl sie Monat für Monat weniger in der Lohntüte haben. Selbst nach erfolgter Sanierung verfügt die PKSW über keinerlei Wertschwankungsreserven. Ohne solche müssen die aktiv Versicherten weiterhin mit tieferen Zinsen rechnen.

Die PK braucht CHF 210 Millionen Franken

Mit dem stadträtlichen Antrag auf Übernahme von CHF 144 Mio. werden lediglich die laufenden Renten korrekt nachfinanziert. Die Höhe dieser Renten wurde aber noch vom Stadt- resp. Gemeinderat festgelegt und zwar zu einem Zeitpunkt, als die städtischen Angestellten in der PKSW noch kein Mitspracherecht hatten! Für eine Ausfinanzierung der Pensionskasse – auch dies noch ohne Wertschwankungsreserven – braucht es aber CHF 210 Mio. Die Personalverbände können zwar nachvollziehen, dass der Stadtrat aus politischen Gründen eine Weisung mit CHF 144 Millionen vorgelegt hat, wir sind aber klar der Meinung, dass die Stadt die Stiftung ungenügend finanziert in die Selbstständigkeit entlassen hat und sie in der Verantwortung steht für die vollen CHF 210 Mio.

Es gibt keinen Plan B

Die zwingend notwendige Nachfinanzierung von CHF 144 Mio. in Frage zu stellen und Versäumnisse beim aktuellen Stiftungsrat zu konstruieren, ist nicht nur unsachlich, sondern birgt massive Gefahren für die Stadt als Arbeitgeberin, ihre Angestellten und für die finanzielle Stabilität der Kasse – ohne die Übernahme der CHF 144 Mio. wäre der Stiftungsrat gezwungen, radikale Sanierungsmassnahmen zu ergreifen. Die Personalverbände fordern deshalb:

- **Übernahme von CHF 210 Mio., weil die Verantwortung für die laufenden Renten und die ungenügende Ausfinanzierung bei der Verselbständigung bei der Stadt liegt.**
- **Volle Lohnmassnahmen für 2019 zur teilweisen Kompensation der steigenden Spar- und Sanierungsbeiträge.**

Für Auskünfte: Georg Munz (VPOD), 044 295 30 12
Katrin Kaufmann (PVW), 052 267 65 66
Rafael Benz (PBV), 052 267 51 52